

Ausland

23. Januar 2008, 16:14

Schutz für Verdächtige auf Geheimlisten

Terrorverdächtige auf geheimen Listen der EU und der Uno sollen einen zumindest minimalen Rechtsschutz erhalten. Das fordert der Europarat.

Die Betroffenen hätten keinerlei Recht auf Verteidigung, kritisierte der Europaratsermittler, der Tessiner FDP-Ständerat Dick Marty. Dies verletze internationales Recht, etwa die Europäische Menschenrechtskonvention.

Den Sinn der Listen stellte Marty nicht in Frage, nur die Illegalität der Verfahrensweise. «Selten habe ich etwas so Ungerechtes erlebt wie die Aufstellung dieser Listen», sagte er in Strassburg.

Über Eintrag informieren

Die parlamentarische Versammlung forderte die Einhaltung minimaler Rechtsstandards: Verdächtige Menschen oder Organisationen müssten über den Eintrag informiert und dazu angehört werden.

Sie müssten die Möglichkeit erhalten, bei einer «unabhängigen und unparteiischen Instanz» Widerspruch einzulegen. Bei einem ungerechtfertigten Eintrag müssten sie entschädigt werden.

Auf Grund eines Verdachts

Wie viele Menschen und Organisation widerrechtlich auf den umstrittenen Listen stehen, ist nach Angaben Marty unklar. Auf der UNO-Liste stünden die Namen von 370 Menschen sowie 125 Unternehmen oder Organisationen, die als terrorverdächtig gelten.

Die EU-Liste gibt 60 Menschen oder Organisationen an. Eingetragen seien fast ausschliesslich Muslime, sagte Marty. Auf den Listen landeten Namen oft nur aufgrund eines Verdachts - unter Verletzung elementarster rechtsstaatlicher Prinzipien, stellten die Parlamentarier aus den 47 Europaratsländern fest. Viele Betroffene erführen von dem Eintrag erst, wenn ihnen ein Grenzübertritt verweigert oder ihr Konto gesperrt werde. Die Uno und die EU müssten diese Praxis überprüfen, forderten die Abgeordneten fast einstimmig in einer Entschliessung.

Grundrechte missachtet

Auch der hochrangige Rechtsgutachter beim Europäischen Gerichtshof (EuGH), Luís Miguel Pioares Maduro, wiederholte am Mittwoch seine Kritik an der Terrorliste des Uno-Sicherheitsrats.

Er war zum Schluss gekommen, dass der Schutz der Grundrechte von Personen und Organisationen, die auf der Terror-Liste der Uno landen, nicht gewährleistet ist. In solchen Fällen sei die EU daher nicht an die Beschlüsse des Uno-Sicherheitsrats gebunden.

Fall Nada

Auslöser der Untersuchung Marty war der Fall des 76-jährigen Italieners arabischer Herkunft Youssef Nada, dessen Geschäft durch den Eintrag in die Schwarze Liste ruiniert worden sei. Nach dem Verdacht der CIA soll Nada zu den Finanzgebern der Anschläge vom 11. September 2001 gehören.

Doch vierjährige Ermittlungen der Schweizer Justiz wurde 2005 das Verfahren wegen mangelnder Beweise eingestellt. Nada darf aber bis heute die italienische Enklave Campione nicht verlassen will er nicht verhaftet werden.

Die Schweiz hat kürzlich eine Initiative für mehr Transparenz bei der Erfassung von Terrorverdächtigen ergriffen. Zusammen mit Liechtenstein, Schweden und Dänemark schlägt sie ein unabhängiges Gremium vor, das die Gültigkeit der Einträge von Terrorlisten überprüfen soll.

mu/sda

